



Berlin, 2019-09-23

## Antrag

### Antragsüberschrift:

Volksentscheid Transparenz Berlin unterstützen

### Antragssteller:

Simon Marquardt (Allgemeine Liste)

### Beschlusstext:

*„Das Studierenden Parlament der Beuth Hochschule für Technik Berlin beschließt ...“*

dass die Studierendenschaft der B.-Hochschule für Technik die Initiative und den Volksentscheid zur Einführung eines Berliner Transparenzgesetzes unterstützt.

Dazu sollen unter Anderem Unterschriftenlisten ausgelegt werden und für den Volksentscheid geworben werden.

### Begründung:

Die Initiative für einen Volksentscheid zur Einführung eines Transparenzgesetzes in Berlin verfolgt das Ziel das Informationsfreiheitsgesetz (IFG) durch ein Transparenzgesetz nach Hamburger Vorbild zu ersetzen. Das IFG erlaubt bisher das Fordern von Dokumenten von Behörden, allerdings erlaubt es diesen diverse Hürden zu stellen. Beispielsweise können teils hohe Gebühren von der\*dem Antragssteller\*in verlangt werden, einige Behörden sind ganz ausgenommen, außerdem bleiben viele Verträge mit der öffentlichen Hand geheim, weil die beteiligten Unternehmen Geschäftsgeheimnisse geltend machen.

Das Transparenzgesetz soll viele dieser Probleme lösen. Die Initiative wird vornehmlich von Mehr Demokratie und der Open Knowledge Foundation Deutschland, Betreiberin des Portals „Frag den Staat“ über das ein Großteil der IFG-Anfragen in Deutschland läuft, getragen und von vielen Organisationen der Zivilgesellschaft unterstützt.

Der Gesetzesentwurf, der zur Volksabstimmung gestellt werden soll, schreibt die proaktive Veröffentlichung von vielen wichtigen Dokumenten vor, darunter beispielsweise Verträge über 100.000 €, oder Referentenentwürfe von Gesetzen.

Zugang zu Informationen liegt im Interesse der Studierendenschaft. Der Zugang zu Informationen der Hochschule ist notwendig um in der Lage zu sein sie zu gestalten. Ein Gesetz, dass konsequente Rechte auf Dokumente schafft beseitigt Herrschaftswissen. Auch liegt es im Interesse der Studierendenschaft frühzeitig Informationen über uns betreffende Gesetzesentwürfe oder andere uns betreffende Verwaltungsakte zu bekommen.

Webseite der Initiative: <https://volksentscheid-transparenz.de/>  
Gesetzesentwurf: <https://volksentscheid-transparenz.de/gesetz/>

Der Aktuelle Status des Verfahrens ist der laufende „Antrag auf Einleitung eines Volksbegehrens“ für den 20.000 Unterschriften notwendig sind. Anschließend folgt das eigentliche Volksbegehren, für das 7 % der Berliner Wahlberechtigten unterschreiben müssen (~ 170.000). Ist das Volksbegehren erfolgreich erfolgt ein Volksentscheid im Wahllokal bei dem ein Viertel der Stimmberechtigten teilnehmen muss (~ 613.000) und mehr Ja als Nein stimmen müssen.